GEW-info

Heft 6
Oktober 2001

Zeitung der Kreisverbände Offenbach-Land und Offenbach-Stadt der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft

# Ob Kindergarten, Schule oder Hort: Erziehung braucht gute Arbeitsbedingungen!

**Unterrichtsgarantie verschlechtert die Qualität der Schule**

**Mindestvoraussetzungen für Kindertagesstätten neu definiert**

**Interview mit dem neuen Offenbacher LSAD Maier**

# Intro

Liebe Leserin, lieber Leser!

Unter dem Titel „Höllenjob Lehrer“ erschien der „Focus“ im April dieses Jahres. „Überfordert, verspottet, ausgebrannt“ seien die Lehrkräfte. Die Schuldigen wurden bereits auf Seite 3 geoutet: „Respektlose Schüler und des-interessierte Eltern machen den Lehrerjob für viele zur Hölle.“ Aber die Rettung naht: „Jetzt wollen Politiker gegensteuern.“

Bedeutet das, die Bevölkerung ist schuld an der Schulmisere, und unsere Politiker holen uns da raus?

Die Wirklichkeit sieht anders aus. Die Haltung einiger Schülerinnen und Schüler ist tatsächlich recht destruktiv. Unreflektierte Wut, Egozentrik, Mangel an Mitgefühl und die Ablehnung auch geringer Anstrengungen erschweren die Organisation gemeinschaftlicher Lernprozesse. Kritisches Hinterfragen und der Wunsch mitzugestalten sind eher selten.

In derartigen Haltungen spiegeln sich allerdings die Versprechungen unserer Konsumgesellschaft wider. Individuelles Glück durch mühelose Aneignung („einfach bestellen“) wird vorgegaukelt. Gleichzeitig wächst die Frustration in dem Maße, in dem die Unerfüllbarkeit dieser Verheißungen spürbar und als individuelles Versagen erlebt wird.

Um die Befriedigung einer Gemeinschaft, die miteinander Aufgaben bewältigt und füreinander einsteht, werden wir in einer auf Konkurrenz ausgerichteten Gesellschaft betrogen.

Die Undurchschaubarkeit, die Täuschungen unserer multimedialen Welt führen im Verbund mit der Vereinzelung im Innern des Individuums zu Resignation. So gesehen, erscheinen unsere Schülerinnen und Schüler eher als Opfer denn als Täter, die unsere Schule ruinieren.

Von einem Erziehungs- und Bildungssystem, das diesen Haltungen wirksam entgegenzutreten vermag, sind wir weit entfernt. Schule bedeutet vielfach Mängelverwaltung. Sparmaßnahmen und ständig gesteigerte Arbeitsbelastung lassen wenig Raum zu Innovation.

Unsere Schulen seien verwahrlost, behauptet Möllemann. Wer offenen Auges durch unsere Schulen geht, kann in der Tat diesen Eindruck bekommen. Die Pracht und den Reichtum, den unsere Konsumtempel und Banken ausstrahlen, können wir in Bildungseinrichtungen nicht wiederfinden.

Die materielle Ausstattung hinkt vielfach der Zeit hinterher, und Personal zur sinnvollen Pflege ist kaum vorhanden. Eine sinnvolle Koordination der vielfältigen Aufgaben an einer Schule wird durch Ausdünnung der Schuldeputate erschwert. Gespart wird auch an Aus- und Fortbildung. HeLP und Studienseminare können ganze Opern davon singen.

Erziehung kann eine sehr befriedigende Tätigkeit sein – und keineswegs ein Höllenjob. Zum Höllenjob wird sie erst, wenn die Arbeitsbedingungen nicht stimmen. Stellen Sie sich vor, sie besäßen eine Werkstatt und wollten Kosten sparen. Sie halsen den Arbeitern ständig zusätzliche Aufgaben auf, verkaufen einen Teil des Grundstücks und sparen am Werkzeug. Irgendwann werden sich ihre Arbeiter überfordert und ausgebrannt fühlen. Und es wird sich herausstellen, dass Sie am falschen Ende gespart haben.

„Qualität der Bildung“ ist in aller Munde. Durch die Steigerung von Notendruck und Normierung von Abschlüssen lässt sie sich jedoch kaum steigern.

Natürlich müssen wir Grenzen setzen. Natürlich müssen wir den Wert solider Grundkenntnisse vermitteln (was allerdings langfristig gerade nicht durch Zwang zu erreichen ist). Vor allem aber brauchen wir die Möglichkeiten und die Mittel, um auf ein sich veränderndes Schülerklientel in einer sich verändernden Gesellschaft einzugehen.

Das bedeutet auch: Bildung kostet Geld. Viel mehr, als derzeit zur Verfügung gestellt wird. Gespart wird aber nicht nur an Schulen, sondern im gesamten Bildungsbereich. Darum sollten wir uns mit anderen Bildungs- und Sozialeinrichtungen vernetzen, die mit ähnlichen Problemen zu kämpfen haben. Gemeinsam sind wir stark!

Vor diesem Hintergrund soll es im GEW-Info um die Frage gehen, unter welchen Bedingungen Erziehung bei uns stattfindet und für welche Veränderungen wir eintreten – nicht nur für uns, sondern vor allem auch für das von uns betreute Klientel.

Ihr

Michael Köditz

## Impressum

Herausgeber:
Kreisverbände Offenbach-Land und Offenbach-Stadt der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft

Anschrift:
GEW-Info c/o Michael Köditz, Am Leinritt 10, 60386 Frankfurt

Internet: www.gew-offenbach.de
e-mail: m.koeditz@gew-offenbach.de

Redaktion: Dr. Wolfgang Christian, Michael Köditz (v.i.S.d.P.), Ruth Storn

Layout: Hans-Jürgen Buch, Michael Köditz

Druck: Imprenta, 63179 Obertshausen
Auflage: 1500 Exemplare

Fotos:
Die Fotos sind das Ergebnis echter Teamarbeit So ist nicht immer zu rekonstruieren, wer welches Foto aufgenommen hat. Viele Bilder stellten Christa Rugen und Ruth Storn zur Verfügung.

Zeichnungen:
Herzlichen Dank an Alexandra Bastian für das Titelbild und die Zeichnungen auf den Seiten 3, 5 und 20 sowie an Johann Mayr, dessen Karikatur auf S. 7 beim Bremer Drucksachen Service Klaus Stute, Kolpingstr. 22, 28195 Bremen erschienen und dort in verschiedener Form erhältlich ist.

**Leserbriefe und Beiträge für die nächste Ausgabe sollen bis zum 15.12.2001 an die Redaktion geschickt werden.**

# Inhalt

Hessische Bildungspolitik

Stadt und Kreis Offenbach

Solidarität


Programm Unterrichtsgarantie Plus
Ein Weg in die Sackgasse!? ..... 4

Einstimmiger Beschluss der Mitgliederversammlung des Kreisverbands OF-Land der GEW vom 22. August 2001
Unterrichtsgarantie verschlechtert die Qualität! ..... 4

Presseerklärung des Personalrats der Albert-Schweitzer-Schule OF
Unterrichtsversorgung – Irreführung der Öffentlichkeit ..... 5

Zum Zustand Offenbacher Schulen
Tut uns Leid, es geht nicht anders ... ..... 6

Mindestvoraussetzungen für Kindertagesstätten in Hessen neu definiert
Darf's auch etwas weniger sein? ..... 6

Bericht der AG Gymnasien ..... 8

Protest gegen Kürzung von Deputatstunden ..... 8

Presseerklärung des GEW-KV Offenbach-Stadt
Eine Zukunft für die Rudolf-Koch-Schule ..... 9

Beratung: Altersteilzeit ..... 9

DGB-Vorsitzender Hareter wechselt zur IG Metall
Vom Mut, gegen den Strom zu schwimmen ..... 10

Wie einzelnen Schülern der BFS bisher ein angemessenes Zeugnis vorenthalten wird
Erweiterter Hauptschulabschluss in der Berufsfachschule? ..... 11

Internationale Solidarität
Nicaragua – vergessen? ..... 12
Jede Hilfe ist willkommen ..... 12

Offener Kanal Offenbach/Frankfurt
Fernsehen zum Selbermachen ..... 13
Unsere Sendungen: GEW-TV ..... 13

Zur Diskussion
Interview mit Gerhard Maier, dem neuen Offenbacher LSAD ..... 14

Kreisvorstände Offenbach-Land und Offenbach-Stadt
Adressen ..... 18

## Programm „Unterrichtsgarantie plus „

# Ein Weg in die Sackgasse?!

Das mit dem laufenden Schuljahr eingeleitete Programm „Unterrichtsgarantie plus“ bedeutet – so die hessische Kultusministerin Karin Wolff – ein Vertretungskonzept für kurzfristig ausfallenden Unterricht. Im Bereich des Staatlichen Schulamts für den Landkreis Offenbach und die Stadt Offenbach am Main beteiligen sich fünf Schulen an diesem Modellprojekt: die einzelne Schule schafft sich (in Zusammenarbeit mit ihrem Förderverein) einen Pool von „Vertretungskräften“, auf die im Falle kurzfristigen Vertretungsbedarfs zurück gegriffen wird.

Die GEW lehnt ein solches Vorhaben ab, da arbeitnehmerverträgliche Regelungen nicht garantiert sind und zudem ein erheblicher Qualitätsverlust schulischer Bildung droht, wenn die pädagogische Qualifikation von Vertretungskräften zu Gunsten der „Unterrichtsgarantie“ in den Hintergrund tritt!

Auch das in anderen Schulämtern praktizierte Modell der bezahlten Mehrarbeit wird von uns abgelehnt, wobei wir uns bewusst sind, dass Lehrkräfte bis zu drei – unentgeltlichen ! – Vertretungsstunden monatlich heran gezogen werden können und auch diese drei Stunden bezahlt bekommen, wenn sie eine zusätzliche vierte Stunde leisten.

Wir lassen uns nicht kaufen! Unsere GEWerkschaftlichen Forderungen nach Arbeitszeitverkürzung und beruflicher Entlastung sind berechtigter denn je! Die hohe Zahl von Stundenreduzierungen und Frühpensionierungen aus gesundheitlichen Gründen beweist es.

Die GEW erneuert stattdessen ihre Forderung nach einer 10%igen Vertretungsreserve, die jeder einzelnen Schule zuzuweisen ist. Wir lassen uns auch vom (drohenden) Mangel an Lehrerinnen und Lehrern nicht erpressen. Vielmehr ist die Kultusministerin gefordert, die Attraktivität des Lehrerberufs und insbesondere die Ausbildungsbedingungen zu verbessern!

Manfred Tybussek

## Einstimmiger Beschluss der Mitgliederversammlung des Kreisverbands OF-Land der GEW vom 22. August 2001

# Unterrichtsgarantie verschlechtert die Qualität!

Die vom hessischen Kultusministerium propagierte Unterrichtsgarantie bedeutet die – durchaus begrüßenswerte – Einstellung von neuen zusätzlichen Lehrkräften.

Die mit der Unterrichtsgarantie verbundene Vermeidung von Unterrichtsausfall wird allerdings mit Maßnahmen zu bewerkstelligen versucht, die unsere GEWerkschaftliche Kritik hervorrufen.

Wir wollen nicht,

* dass Klassenbildungen an pädagogisch nicht vertretbaren Höchstwerten orientiert werden; negative Folgen von (über)großen Klassen für die betroffenen SchülerInnen (und ihren Lernerfolg) und Lehrkräfte (und ihre Arbeitsbelastung) sind offensichtlich!
* dass ReferendarInnen während ihrer Ausbildung immer mehr eigenverantwortlichen Unterricht erteilen (bis zu 12 Wochenstunden, was u.U. einer halben Lehrerstelle entspricht);
* dass dies zu einer Verschlechterung ihrer Ausbildungsqualität führt und die Attraktivität des Lehrerberufs nicht gerade erhöht, liegt auf der Hand.
* dass die Arbeitsbelastung von Lehrkräften durch (immer) größere Klassen gesteigert wird und Fortbildung verordnet wird, die ausschließlich in der unterrichtsfreien Zeit stattfinden soll. So ist der Erwerb des „Internet-Führerscheins“ durch Lehrgänge ausschließlich an Nachmittagen bzw. Wochenenden organisiert.
* dass es Schulen gibt, an denen – wegen Lehrermangels – die Stundentafel nicht voll abgedeckt wird;
* dass in Fällen, in denen zugewiesene Lehrerstellen nicht besetzt werden können, solche Lücken kurzfristig durch die Vergabe von befristeten BAT-Verträgen geschlossen werden, bei denen die pädagogische Qualifikation dieser Person(en) von untergeordneter Bedeutung ist;
* dass Fördermöglichkeiten (wie Deutsch für Seiteneinsteiger, für Aussiedler und Ausländer, Stütz- und Förderkurse, Ags etc.) auf ein Minimum reduziert werden, um die Abdeckung des Pflichtunterrichts sicherzustellen.

Die Konzeption der Unterrichtsgarantie gerät bei kurzfristigem Ausfall einer Lehrkraft vollends ins Wanken, wenn statt einer von uns schon lange geforderten Lehrervertretungsreserve - so möchte es die hess. Kultusministerin Wolff mit ihrem Modell „Unterrichtsgarantie Plus“ - pädagogisch fragwürdige Beschäftigungsformen von SchülerInnen durch Vereinsmitglieder u.a. schulfremde Personen den Unterrichtsausfall vermeiden sollen.

Damit ist offensichtlich: die kultusministerielle Unterrichtsgarantie bedeutet, dass keine laut Stundentafel zu erteilende Unterrichtsstunde ausfallen darf. Unterricht muss stattfinden – egal, von wem und unter welchen Bedingungen. Dies geht eindeutig zu Lasten der Unterrichtsqualität, der Qualität von Schule und Bildung schlechthin und verschlechtert vor allem für diejenigen Schülerinnen und Schüler die Lernbedingungen, die von ihren Eltern keine Unterstützung erwarten können. Große Klassen, Reduzierung der besonderen Förderung und verschärfte Versetzungsbestimmungen lassen ihre Chancen auf einen qualifizierten Schulabschluss sinken.

**Eine solche Politik lehnt die GEW ab!**

## Presseerklärung des Personalrats der Albert-Schweitzer-Schule OF

# Unterrichtsversorgung – Irreführung der Öffentlichkeit

In der Presse verbreiten das Kultusministerium und auch das Staatliche Schulamt für Offenbach, dass die Schulen gut mit Lehrern versorgt sind.

Bei uns an der Albert-Schweitzer-Schule in Offenbach ist die Versorgung so schlecht wie seit vielen Jahren nicht mehr: Es fehlt immer noch eine volle Lehrerstelle. Das Geld für diese Stelle ist zwar vorhanden, aber es findet sich keine Person dafür. Mangelnde Planungen und Anreize für die Lehrerausbildung in der Vergangenheit haben dazu geführt, dass es für bestimmte Fächer keine Bewerber mehr gibt - wie bei uns für Mathematik. Damit der Mathematikunterricht nicht übermäßig ausfällt, übernehmen die vorhandenen Lehrer einige dieser Stunden. Dafür fällt dann allerdings auch noch aus: Physik, Informatik, Sozialkunde, Sport. ("Die Unterrichtsversorgung ist gut!")

Das Kultusministerium rechnet damit (vgl.OP vom 7.8.01), dass sich im November(!), wenn die nächsten Referendare ihre Prüfung gemacht haben, die Lücken schließen lassen. Dann ist die Hälfte des 1.Halbjahres vorbei! Und die Kinder haben dann wieder einen Lehrerwechsel zu verkraften. ("Die Unterrichtsversorgung ist gut!")

Von den fünf neu eingestellten KollegInnen haben nur zwei eine Beamtenstelle bekommen, die Sicherheit bietet. Die anderen drei haben auf 1 Jahr befristete BAT(Angestellten)-Verträge. Für die KollegInnen bedeutet das, dass sie nicht wissen, was nach Ablauf dieser Frist geschieht. Für die Schule bedeutet das, dass diese KollegInnen von heute auf morgen entschwinden können, wenn sie an irgendeiner anderen Schule ein besseres Angebot erhalten. BAT-Verträge helfen dann auch nicht weiter, wenn keine Leute dafür da sind. ("Die Unterrichtsversorgung ist gut!")

Ein weiterer Punkt, der die Güte und den Preis der Unterrichtsversorgung deutlich macht, ist in der Öffentlichkeit wenig bekannt geworden: Unsere ReferendarInnen müssen von Jahr zu Jahr mehr Unterricht eigenverantwortlich (d.h. ohne Begleitung eines Mentors) halten – in der Ausbildungszeit, in der sie das Unterrichten eigentlich erst lernen sollen. Unterrichten kann jeder – auch ohne Ausbildung! (?) Die Unterrichtsversorgung wird damit auf Kosten der Referendare und ihrer Ausbildung verbessert. Landesweit spart die Landesregierung durch die Referendarsstunden in beträchtlichem Umfang Lehrerstellen ein. ("Die Unterrichtsversorgung ist gut!")

Die CDU-Regierung hat auch die Besoldung der Referendare weiter abgesenkt, die kaum mehr verdienen als ein 16-jähriger Lehrling in der freien Wirtschaft, was nicht dazu beiträgt, den Lehrerberuf attraktiver erscheinen zu lassen. Ebenso wurden von der CDU-Regierung weder die Erhöhung der Arbeitszeit für die Lehrer noch die Obergrenze für die Klassengrößen zurückgenommen.

Unterrichtsversorgung um jeden Preis! Viele Stellen in der Lehrerfortbildung wurden gestrichen. Fortbildung wird aber erwartet – an Nachmittagen und an Wochenenden. Von den Lehrern mit ihrem "Halbtagsjob" kann man das ja erwarten. Erholung ist nicht nötig.

Auch im Tagesablauf in der Schule haben wir Mängel zu berichten (hier ist die Stadt Offenbach zuständig): Wir haben keine Schulassistentin mehr, die Lehrer müssen selbst drucken, Videos und Kassetten verwalten usw.. Es gibt keinen technischen Assistenten für Computer, auch das machen die Lehrer nebenbei.

Eine von eineinhalb Schulsekretärinnen hat uns während der Sommerferien überraschend verlassen. Jetzt schreibt der stellvertretende Schulleiter Zeugnisse.

Alles das trägt nicht dazu bei, motivierte junge Menschen für die Arbeit in den Schulen zu gewinnen.

Die Unterrichtsversorgung darf nicht nur an gehaltenen und ausgefallenen Stunden gemessen werden. Das ist Flickwerk. An den Schulen muss pädagogische Kontinuität erreicht werden. Dafür brauchen die Schulen mehr Sicherheit in der Personalplanung.

# Zum Zustand Offenbacher Schulen

## Tut uns Leid, es geht nicht anders...

Wie oft und wie lange haben wir diesen Satz schon gehört, wenn wir Offenbacher Bildungspolitiker auf die zahllosen Defizite in den Schulen aufmerksam machen in der Hoffnung, es würde sich etwas ändern? In der Tat, es kommt zu Änderungen. So beschloss die Stadtverordnetenversammlung kürzlich einen Millionenbetrag auszugeben, um das Nötigste in mehreren Schulen zu beheben.

Aber der Karren steckt schon längst so tief im Dreck, dass er nur unter Aufwendung aller vorhandenen schwachen Kräfte millimeterweit bewegt wird.

Es genügt nicht, eine bröckelnde Fassade zu erneuern (Erich-Kästner-Schule), die feuerpolizeilichen Auflagen zu erfüllen (Käthe-Kollwitz-Schule) oder einen Laubengang zu sanieren (Albert-Schweitzer-Schule) usw.

Es fehlen vor allem Räume. Fast an jeder Schule. „Wildhirt schickt 800 Schüler auf die Reise"! (FR vom 2.8.)
Es sind Grundschüler, Sonderschüler, Sekundarschüler, Berufsschüler. Nicht wenige von ihnen sind vielleicht vorher schon an der Albert-Schweitzer-Schule, an der Mathildenschule oder an der Schillerschule abgewiesen worden - etwa 150 Mädchen und Jungen.

Wir leben in einem reichen Land, ja auch in einer reichen Stadt. Milliarden werden investiert. Nicht von der Kommune, sondern von Privaten. Dort ist das große Geld. Öffentliche Armut und privater Reichtum, so einfach ist das.

Und das bleibt auch so. Der Oberbürgermeister wird nicht müde zu betonen, dass es zu seiner Sparpolitik keine Alternative gäbe. Haben wir jemals von ihm gehört, wo denn die Gründe für die Misere der kommunalen Kassen liegen? Hat er jemals die Finanzpolitik Eichels kritisiert?

Diese bekommt regelmäßig größere Zustimmung von den Verbänden des Kapitals als die seines Vorgängers Weigel.

Die schlechte Nachricht, die uns Wildhirt geben musste, wird sich in dieser oder anderen Formen oft und kontinuierlich wiederholen.

Und es ist dies nur die Spitze des Eisbergs: Was ist mit den Abordnungen von Lehrkräften?

Was mit den kaum noch vorhandenen Schulassistenten und den Bergen von unreparierten teuren technischen Geräten?

Wie lange sollen noch die PCs in den Schulen von Lehrkräften in ihrer Freizeit betreut werden?

Wie lange noch müssen die Funktionsträger endlose Überstunden leisten?

Wolfgang Christian

# Mindestvoraussetzungen für Kindertagesstätten in Hessen neu definiert

## Darf's auch etwas weniger sein?

In einer am 12.7. des Jahres in Kraft getretenen neuen Verordnung hat die Hessische Sozialministerin Mindestvoraussetzungen zur Erlangung einer Betriebserlaubnis für Kindertagesstätten festgelegt.

Die neue Verordnung ersetzt eine von 1963, die als veraltet galt und unter ganz anderen Bedingungen entstanden war. Aus diesem Grund haben die meisten Träger bereits seit Jahrzehnten wesentlich bessere Standards für ihre Einrichtungen definiert, als in der veralteten Verordnung gefordert waren.

Auch wenn die neuen Standards die alten nicht unterschreiten, geht von der neuen Verordnung doch eine Signalwirkung auf die Träger aus.

Schließlich macht die Hessische Sozialministerin deutlich, was ihrer Meinung nach heute ausreicht.

Gegen folgende Punkte der neuen Verordnung richtet sich die Kritik von ver.di und GEW:

Die Gruppengröße für Kindergarten und Hortgruppen wird auf max. 25 festgelegt. Jede/r, die/der mit Kindern zu tun hat, weiß, was das bedeutet. GewerkschaftlerInnen fordern seit langem, die Gruppengröße auf 20 zu begrenzen. Bei den meisten Trägern gilt derzeit eine deutlich unter 25 liegende Obergrenze, die seit Jahren immer wieder verteidigt werden muss – aber alle haben Sparbedarf, und man muss nicht viel Fantasie haben, um sich auszumalen, was für Folgen diese Verordnung auf zukünftige Diskussionen über Gruppenstärken haben wird.

Damit nun aber nicht etwa nachmittags deutlich weniger Kinder in der Gruppe sind, wurde extra die Regelung in die Verordnung aufgenommen, dass ein Platz auch an zwei Kinder vergeben werden kann, wenn sie sich nicht gleichzeitig in der Gruppe aufhalten.

Entsprechend der Anzahl der Kinder, die mittags abgeholt werden, können Träger bei dieser Regelung besonders günstige "Nachmittagsplätze" anbieten – ohne dafür Mehrkosten zu haben.

Dass eine größere Anzahl von Kindern einen größeren Arbeitsaufwand für die Erzieherinnen und Erzieher bedeutet und auch von den Kindern verkraftet werden muss, spielt keine Rolle: Randvoll sollen die Gruppen möglichst ständig sein, das rechnet sich am besten.

Jede Gruppe muss der Verordnung zufolge mit mindesten 1,5 Kräften besetzt werden. Tatsächlich sind die meisten Gruppen (derzeit noch) wesentlich besser besetzt. Die Gewerkschaften fordern mindestens zwei Kräfte.

Dieselben Mindestvoraussetzungen gelten überall. Auch für Kindertagesstätten, die – etwa durch die Lage in einem Brennpunktgebiet – unter besonderen Bedingungen arbeiten, wird keine höhere Zahl von Fachkräften oder eine niedrigere Gruppengröße vorgeschrieben.

Den Protesten der Trägerorganisationen und Gewerkschaften ist es zu verdanken, dass die Verordnung in einem wesentlichen Punkt entschärft wurde. In ihrem ursprünglichen Entwurf hatte die Ministerin vorgesehen, dass von den 1,5 Kräften nur eine Fachkraft (=ErzieherIn, SozialpädagogIn, DiplompädagogIn) sein muss. Die andere hätte gar nicht fachlich ausgebildet sein müssen.

Dass die Erziehung von Kindern ein schwieriger werdendes Geschäft wird, hat sich inzwischen auch in der Öffentlichkeit herumgesprochen.

Während ich früher noch öfter dem Stammtischargument begegnet bin, in Kindergärten tätig zu sein, erfordere keine Qualifikation, man müsse ja nur spielen, höre ich derartige Meinungen heute kaum noch.

Zu sehr ist doch auch Nichtfachleuten deutlich geworden, dass vermehrt Kinder mit verschiedenen Problemen zu betreuen sind, dass Störungen zunehmen, die ein hohes Maß an erzieherischer Kompetenz erfordern und dass dazu auch in hohem Maß individuelles Eingehen auf Einzelne (Gruppengröße!) erforderlich ist.

Immer mehr herumgesprochen hat sich ebenfalls, dass gerade in den ersten Lebensjahren elementare Grundlagen für die weitere Persönlichkeitsentwicklung gelegt werden.

Da wäre es einleuchtend, die Personen, die mit den Jüngsten arbeiten, auch am besten auszubilden.

Warum nun ausgerechnet die Hessische Sozialministerin festschreiben wollte, dass Kindergruppen auch von nicht ausgebildeten Personen (mit)-geleitet werden können, scheint da vollkommen rätselhaft.

Die GEW fordert im Gegensatz dazu seit langem, die Erzieherausbildung an Fachhochschulen anzusiedeln. Dies würde natürlich auch eine entsprechende (bessere) Bezahlung der Fachkräfte bedeuten.

Das scheitert, weil dafür kein Geld bereitgestellt wird. Und so erklärt sich auch obige Idee: Ganz unausgebildete Kräfte wären noch billiger zu haben gewesen.

Damit haben wir ein weiteres Beispiel dafür, wie in Ministerien Ideen ausgebrütet werden, die sich bar jeder pädagogischen Kompetenz nur am Sparwillen orientieren. Wir müssen auch weiterhin wachsam bleiben und – auch in der Öffentlichkeit – deutlich machen, was aus pädagogischer Sicht erforderlich ist, um die größten Katastrophen zu verhindern!

Auffallend sind die Ähnlichkeiten dieser sozialministeriellen Sparideen mit Ideen aus dem Kultusministerium, mit denen wir uns in den vergangenen Jahren herumärgern mussten:

Klassenstärken werden regelmäßig zur Diskussion gestellt.
Gruppenteilungen müssen immer wieder verteidigt werden.
Doppelbesetzungen (bei Referendaren) werden aufgehoben, die Lehrerausbildung verschlechtert, Fortbildungsmöglichkeiten stark reduziert – und auch im Schulbereich wird diskutiert, ob man nicht einfach Personen ohne pädagogische Ausbildung als Lehrkräfte einsetzen kann.

Nur an die Arbeitszeit der Erzieherinnen und Erzieher kann die Regierung nicht so einfach ran wie an die der Lehrerinnen und Lehrer. Schließlich sind sie als Angestellte tariflich geschützt, während über Arbeitszeit und Arbeitsbedingungen von Beamten der Landtag mit einfacher Mehrheit entscheidet.

Man hat Politikern oft vorgeworfen, an der Zukunft vorwiegend interessiert zu sein, soweit es die nächste Wahl betrifft. Wenn sich die Träger tatsächlich an dieser Verordnung orientieren, können sie kurzfristig eine Menge sparen. Und das sieht im nächsten Haushalt gut aus.

Langfristig ist aber kaum abzusehen, was für Schäden angerichtet werden, wenn wir nicht die zunehmenden Probleme unserer Kinder (ob in Kindertagesstätten oder in Schulen) kompetent angehen.

Das bedeutet aber auf jeden Fall, in diese Bereiche erheblich mehr zu investieren und die Qualitätsstandards deutlich zu erhöhen.

Michael Köditz

# Bericht der AG Gymnasien

Die AG konstituierte sich in diesem Jahr für die Kreisverbände Offenbach-Stadt und Offenbach-Land neu und traf sich seitdem mit wachsender Teilnehmerzahl.

Das Hauptthema in den ersten Sitzungen waren die vom Kultusministerium vorgelegten Pläne zur Veränderung der gymnasialen Oberstufe. Im ersten Entwurf war eine völlige Umstrukturierung des Kurssystems vorgesehen. Das führte jedoch zu so heftigen Protesten nicht nur von der GEW, SPD und den Grünen, sondern auch von Schulleiterversammlungen, dem Koalitionspartner FDP und sogar aus der CDU selbst, dass Anfang April ein neuer Entwurf vorgelegt wurde.

Es soll jetzt wie bisher bei zwei fünfstündigen Leistungskursen bleiben, wobei im Vergleich zur bisherigen Regelung Deutsch nicht mehr 1., wohl aber 2. Leistungskurs sein kann, ansonsten die Wahlmöglichkeiten aber bleiben, die im ersten Entwurf stark eingeschränkt werden sollten.

Im neuen Entwurf wird allerdings das Fach Gemeinschaftskunde angegriffen und soll in Erdkunde und Politik/Wirtschaft aufgespalten werden mit insgesamt weniger Stunden, wobei die Aufteilung auf die Jahrgangsstufen noch unklar ist. Wir sehen dieses Vorhaben als Ausdruck dafür, dass Gesellschaftskritik nicht mehr erwünscht ist. Es soll offensichtlich genügen, dass SchülerInnen wissen, wie unsere Wirtschaft funktioniert und am Laufen gehalten werden kann.

Die Abiturprüfung betreffend ist auch im neuen Entwurf eine folgenreiche Veränderung vorgesehen: Deutsch und Mathematik müssen Prüfungsfächer sein, was bisher nicht der Fall war. Es ist unbestritten, dass diese Fächer wichtig sind. Es hätte aber bei einer Belegpflicht bleiben können. Durch den Prüfungszwang ist es durchaus möglich, dass einzelne SchülerInnen die Abiturprüfung nicht bestehen oder einen Numerus Clausus nicht erreichen, obwohl sie bei besonderen Begabungen gute StudentInnen werden könnten.

Die Auswahl der Fächer Deutsch und Mathematik erleichtert auch die Einführung eines Zentralabiturs.

Auch im neuen Entwurf ist die Einführung eines 5. Prüfungsfaches enthalten – sowie einer Präsentation oder eines Kolloquiums, was eine Zusatzbelastung für SchülerInnen und LehrerInnen bedeutet.

Trotz einiger Verbesserungen gegenüber dem ersten Entwurf enthält also auch der zweite Entwurf immer noch Punkte, die wir ablehnen.

Die Veränderung des ersten Entwurfs hat jedenfalls gezeigt, dass Proteste auch etwas bewirken können und nicht sinnlos sind. Protestieren wir weiter!

Ein weiteres Thema für die AG (und für Protest) ist die Verschlechterung der Referendarsausbildung, sowohl für die Referendare wie auch für die Mentoren bzw. Schulen.

Weiter wird das Thema Konkurrenz zwischen Gymnasien und beruflichen Gymnasien oder zwischen Gymnasien und Förderstufen aufgegriffen.

Interessierte KollegInnen sind zu unseren Sitzungen herzlich eingeladen.

**Das nächste Treffen findet am Mittwoch, 7.11.01 um 16.00 Uhr in der Albert-Schweitzer-Schule in Offenbach statt.**

Alle Termine werden regelmäßig auf unserer Homepage www.gew-offenbach.de veröffentlicht.

Kontakt unter Tel. 069/847363 oder per e-mail an g.bauer@gew-offenbach.de.

Gerda Bauer

# Protest gegen Kürzung von Deputatstunden

Die Deputatstunden, die den Schulen für ihre Verwaltungs- und organisatorischen Tätigkeiten und Sonderaufgaben zugewiesen werden, werden immer mehr zusammengestrichen. Viele Aufgaben können daher nur noch mit eingeschränkter oder gar keiner Entlastung mehr wahrgenommen werden.

Dies hat natürlich Folgen. Hier ein Beispiel: Schulen richten Bibliotheken für ihre Schülerinnen und Schüler ein. Dabei geht es um weit mehr als nur um die Ausgabe von Büchern am Schuljahresanfang im Rahmen der Lernmittelfreiheit. Selbständiges Recherchieren und Erarbeiten von Inhalten kann hier eingeübt werden. Auch die Beschäftigung mit Literatur wird gefördert. Vielfältige Projekte zur Leseförderung sind möglich.

All dies kann einen großen Effekt auf die Entwicklung unserer Kinder haben. Gerade, weil hier durch Eigentätigkeit gelernt wird, sind hier dauerhafte Lernerfolge zu erwarten. Wenn aber Bibliotheken derart intensiv genutzt werden, ist dies mit einem entsprechenden Zeitaufwand der betreuenden Lehrkräfte verbunden.

Dieser Zeitaufwand wird mit Deputatstunden abgegolten. Aufgrund der Kürzungen können dafür meist nur noch ein oder zwei Stunden angerechnet werden. Diese reichen jedoch für nicht mehr als das Inventarisieren der neu beschafften Bücher und das Verwalten der Ausleihkartei. Öffnungszeiten müssen auf ein Minimum beschränkt werden, für darüber hinaus gehende Projekte kann keine Zeit zur Verfügung gestellt werden. Auch die Umstellung auf EDV und die Einbeziehung elektronischer Medien bleibt ohne Anrechnung, so notwendig sie erscheint.

Die Chance, planmäßig wichtige Schlüsselqualifikationen besonders effektiv zu fördern, wird vertan. Wenn Lehrkräfte hier aktiv werden wollen, müssen sie das neben ihrer normalen Arbeitszeit quasi unentgeltlich tun. Dabei könnte gerade hier die Eigentätigkeit unserer Schülerinnen und Schüler maßgeblich weiter entwickelt werden.

An vielen Stellen fehlen Deputatstunden, die nötig gebraucht würden, um nicht nur eine reibungslose Verwaltung zu gewährleisten, sondern auch ein effektives Lernklima herzustellen.

Der Personalrat der Offenbacher Albert-Schweitzer-Schule protestierte beim Staatlichen Schulamt gegen neuerliche Kürzungen. In seinem auf unserer Internetseite veröffentlichten Schreiben wies er darauf hin, dass „gleichzeitig steigende wichtige Verpflichtungen und Aufgaben, wie Umstellung der Bücherei auf EDV, Computereinsatz und -pflege, Schulprogramm, große naturwissenschaftliche Sammlungen“ bestehen und eine sachgerechte Verteilung der Deputatstunden nicht mehr möglich sei.

„Da weitere Kürzungen in Zukunft nicht auszuschließen sind, protestieren wir gegen dieses Kürzungsverfahren und verweigern in diesem Punkt unsere Mitarbeit.“

Dieses mutige Vorgehen wurde vom Kollegium auf einer Personalversammlung ohne Gegenstimme beschlossen.

– mk –

## Presseerklärung des Kreisvorstandes der GEW, Kreisverband Offenbach-Stadt, zum Hearing vom 3.9.2001 zur Einführung der Klassen 5/6 in der Rudolf-Koch-Schule

# Eine Zukunft für die Rudolf-Koch-Schule!

Der Kreisvorstand des GEW-Kreisverbands Offenbach-Stadt unterstützt die Absicht der Rudolf-Koch-Schule, ihre Sekundarstufe I wieder mit Klasse 5 beginnen zu lassen.

Seit dem Schuljahr 1999/2000 konnte das Gymnasium nur noch eine 7. Klasse eröffnen, weil die Zahl der Schüler und Schülerinnen, die von der Förderstufe auf das Gymnasium wechseln, sehr stark abgenommen hat. Dies gefährdet den Bestand der Mittelstufe an der Rudolf-Koch-Schule, verhindert pädagogisch sinnvolle Zusammenarbeit, erschwert Integrationsbemühungen und Projektarbeit.

Zu Beginn der Klasse 11 nimmt das Gymnasium Schüler und Schülerinnen aus den Offenbacher Gesamtschulen und Realschulen auf, die eine Eignung für die gymnasiale Oberstufe haben.

Alte Latein-Schule in Offenbach: die Rudolf-Koch-Schule blickt auf eine 300-jährige Tradition zurück

Deren Integration wäre einfacher, wenn die Schule über eine größere Zahl eigener Mittelstufenschüler verfügte.

Die GEW unterstützt prinzipiell die Arbeit der Gesamtschulen und die Durchlässigkeit unseres Schulsystems und fordert daher den Erhalt der Rudolf-Koch-Schule, die den Übergang nach der Förderstufe und nach Klasse 10 optimal ermöglicht.

Für den Erhalt der Mittelstufe an der Rudolf-Koch-Schule ist eine Zweizügigkeit unabdingbar und eine Wiedereinführung der Klassen 5 und 6 wünschenswert, zumal die Schule in der Fremdsprachenfolge einen neuen Weg beschreiten will (Französisch als erste Fremdsprache).

Dass eine ausreichende Zahl von Interessenten für die 5. Gymnasialklassen vorhanden ist, zeigen die Anmeldungen der letzten Jahre.

Nun geht es darum, ihren Fortbestand zu sichern.
Die Fotos der Rudolf-Koch-Schule stellte Helmut Wirth zur Verfügung.

Die Albert-Schweitzer-Schule musste in der Vergangenheit 50 bis 60 Kinder abweisen (das entspricht zwei vollen Klassen), die infolgedessen an die Leibnizschule verwiesen wurden. Diese Schülerströme ließen sich an das Rudolf-Koch-Gymnasium lenken, die Eltern hätten somit ein weiteres Gymnasium zur Auswahl.

Dann ließe sich auch vermeiden, dass Lehrer und Lehrer der Rudolf-Koch-Schule an die Leibnizschule versetzt oder abgeordnet werden.

Zudem verfügt die Rudolf-Koch-Schule über ausreichende räumliche Kapazitäten zukünftig mehr Klassen aufzunehmen.

Der GEW-Kreisverband Offenbach-Stadt fordert die mit Bildungspolitik befassten Verantwortlichen und die Stadtverordnetenversammlung auf, die Voraussetzungen zu schaffen, dass die Rudolf-Koch-Schule wieder mit dem 5. Schuljahr beginnen kann.

## Beratung: Altersteilzeit

Zunächst führten Ende März die Schulgruppen der Käthe-Kollwitz-Schule und der Theodor-Heuss-Schule eine Informationsveranstaltung zum Thema „Altersteilzeit“ durch, auf der Hauptpersonalratsmitglied Gert-Ludwig Knpifer informierte. Mit etwa 50 Kolleginnen und Kollegen war die Veranstaltung überdurchschnittlich gut besucht.

Beide Offenbacher GEW-Kreisverbände haben auf weiteren Mitgliederversammlungen über das Thema informiert und Beratungsangebote gemacht.

Die auffallend hohe Beteiligung bei diesen Veranstaltungen ist verständlich, weil sich der Altersdurchschnitt der Lehrkräfte immer mehr nach oben verschiebt. Sichtbar wird möglicherweise aber auch, dass viele die Hoffnung auf eine befriedigende Arbeitssituation bereits aufgegeben haben und vor allem mit der Frage beschäftigt sind: „Wie kommen wir hier raus?“

Ausführliche Informationen über Altersteilzeit für beamtete Lehrkräfte, Berechnungsbeispiele und Antragsformulare sind im Internet auf der Seite „Informationen“ unseres Landesverbands unter www.gew-hessen.de zu finden.

**GEW-Mitglieder, die vor der Frage stehen, welche finanziellen Folgen Altersteilzeit für ihre Pension haben wird, können bei Hildegard Feuchter (Tel. 069-886649) kostenlos eine individuelle Beratung bekommen. Dabei kann auch die Höhe der zu erwartenden Pensionsbezüge genau errechnet werden.**

Thema „Altersteilzeit“ in der Käthe-Kollwitz-Schule OF

# DGB-Vorsitzender Hareter wechselt zur IG Metall

Ferdinand Hareter, Vorsitzender des DGB-Kreises Main-Kinzig/Offenbach, wechselte zum 1.10. zur IG Metall, für die er nun die Region Osthessen betreut.

Als einen Grund für seinen Wechsel gab er den fortschreitenden Stellenabbau beim DGB an: Nach der Zusammenlegung der DGB-Kreise Main-Kinzig und Offenbach soll nun eine Fusion mit der Wetterau erfolgen, und das ohne zusätzliche Stellen. Diese „Rationalisierung“ führt natürlich auch zu einer Verminderung der Einflussmöglichkeiten des DGB. Lediglich zwei Hauptamtliche (plus Sekretärin) können ein derart großes Gebiet gerade noch verwalten, viel Zeit für politisches Wirken bleibt nicht mehr.

Gerade gesellschaftspolitische Themen aber hat „Ferdi“, wie er liebevoll im Kreisgebiet genannt wird, immer wieder aufgegriffen.
Besonders für sozial Schwache hat er sich stets mutig eingesetzt und musste dabei auch persönliche Konsequenzen einstecken.

Ich lernte sein Engagement kennen und schätzen, als er sich mit an die Spitze eines regionalen Protests setzte, der sich mit Erfolg gegen Haushaltsstreichungen auf Kosten ausländischer Kinder in Hanau richtete.
Seinem Engagement ist es ebenfalls mit zu verdanken, dass das Hanauer Sozialamt ungerechtfertigte Forderungen gegen Sozialhilfeempfänger und Arbeitslose nicht weiter verfolgte, dass 887 Kinder aus armen Familien einen Zuschuss für die Erstausstattung mit Schulmaterialien bekamen, dass ablehnende Bescheide des Sozialamts zurückgenommen wurden usw. Er geißelte öffentlich eine Politik, die dazu dient, öffentliche Haushalte auf Kosten von Sozialhilfeempfängern zu sanieren.

Als er gegen eine von der Kreisregierung angestrebte Müllverbrennungsanlage demonstrierte und dazu aufforderte, die dafür Verantwortlichen nicht wieder zu wählen, wurde ein Parteiausschlussverfahren gegen ihn eingeleitet. Ihm wurde auf ein Jahr verboten, Funktionen innerhalb seiner Partei, der SPD, auszuüben. Landrat Eyerkaufer titulierte ihn öffentlich als „Henker der Jugend-, Sozial- und Müllpolitik“ des Main-Kinzig-Kreises.

In einem FR-Interview (v. 31.8.01) sagte Ferdi: „Wer noch etwas zu sagen wagt, wird regelrecht fertig gemacht. Ich habe das am eigenen Leib erfahren.“ Davon aber hat er sich nie abhalten lassen. Und er verspricht (ebenda): „Ich werde weiterhin meine Stimme gegen soziale Ungerechtigkeiten erheben.“

Ferdinand Hareter

Nun hat er eine Stelle angetreten, auf der er sein Engagement fortsetzen wird. Keine „bessere“, wohl auch keine besser bezahlte, sondern eine, wo er sich weiter „in gesellschaftliche Umbrüche einmischen“ kann.

# Vom Mut, gegen den Strom zu schwimmen

Wir haben häufig darüber diskutiert, wie Gewerkschaftsarbeit wieder an Attraktivität gewinnen kann. Auf einer Mitgliederversammlung der GEW Offenbach-Stadt zu diesem Thema trat er als Referent auf.

Natürlich müssen wir moderne Medien nutzen und durch ein zeitgemäße Aktionsformen und Professionalität dafür sorgen, dass wir gehört und Ernst genommen werden.

Das Entscheidende dafür aber, dass sich Menschen wieder von Gewerkschaften vertreten fühlen, lebt uns Ferdi vor. Er engagiert sich und nennt Ursachen von Missständen, auch wenn er sich dafür Ärger einhandelt. Es ging ihm nie darum, „seine Schäfchen ins Trockene zu bringen“; und genau das ist es ja, was viele Arbeitnehmer argwöhnen, wenn es um Gewerkschaften geht.

Ich glaube nicht, dass es die Zufriedenheit mit ihrer Arbeitssituation ist, die viele Arbeitnehmer den Gewerkschaften entfremdet. Ich meine, dass es sich eher um Resignation handelt, nach dem Motto: „die können/wollen ja eh nichts machen.“

Bevor ich in der GEW aktiv wurde, hatte ich Personalräte erlebt, die ihre Angestellten beim Chef verpfiffen, anstatt sie zu unterstützen. Ich hatte Gewerkschaftler erlebt, die auf Kosten der Angestellten mit der Verwaltungsspitze paktierten und anschließend selbst bessere Stellen bekamen. Das motivierte mich nicht besonders zur Mitarbeit.

Durch Ferdi (und einige andere) bekam ich ein anderes Bild. Ich lernte Gewerkschaftler kennen, die Risiken in Kauf nehmen, um sich für die Belange derer, die sie vertreten, einzusetzen und die sich nicht den Mund verbieten lassen. Da wollte ich gerne mitmachen. Und ich glaube, da bin ich kein Einzelfall.

Wenn Gewerkschaften wieder an Bedeutung gewinnen wollen, müssen sie sich engagieren– auch gegen die Mächtigen. Und das geht nicht ohne Menschen wie Ferdinand Hareter.

Michael Köditz

Das nächste Treffen der

**Fachgruppe Sonderpädagogik**

findet am 14. Februar 2002 in der Ludwig-Dern-Schule in Offenbach von 16.00-18.00 Uhr statt. Alle interessierten Sonderschulkolleginnen und -kollegen sind herzlich eingeladen.

Der Kreisvorstand Offenbach-Stadt lädt ein:

**Mitgliederversammlung**

am 4.12., 16.00 Uhr in der Mediothek der Edith-Stein-Schule in Offenbach. Auf der Tagesordnung stehen der Rechenschaftsbericht des Kreisvorstands und die Neuwahl des Vorstands.

Wir suchen eine zuverlässige

**Verwaltungskraft**

auf 630-DM-Basis, die uns bei der Erledigung der Post und dem Materialversand an die Obleute unterstützt.
Anfragen an: GEW-KV Offenbach-Stadt, W. Deschauer, Tel. 069-84 21 30

# Wie einzelnen Schülern der Berufsfachschule bisher ein angemessenes Zeugnis vorenthalten wird

In vielen Diskussionen der letzten Jahre wurde und wird von Pädagogen und Sozialarbeitern, Gewerkschaftern und Bildungspolitikern die Forderung erhoben, sich im Bildungssystem besonders derjenigen Jugendlichen anzunehmen, deren Ablösungsprozess vom Elternhaus und Integrationsprozess in die Erwachsenen- und Arbeitswelt oft besonders schwierig verläuft. Mit ihrer noch unfertigen Persönlichkeit, voller Unsicherheit und Selbstzweifel, haben sie viele Krisen (die eigenen und die gesellschaftlichen) zu bewältigen und sind dabei meist überfordert. Ohne besondere pädagogische Unterstützung bei der Lösung ihrer persönlichen und gesellschaftlich bedingten Probleme bei der Bewältigung ihres Bildungsweges, bei der Eingliederung in die Arbeits- und Erwachsenenwelt sind sie oft zum Scheitern verurteilt.

Um solche Jugendlichen handelt es sich im Allgemeinen auch bei der Klientel, die an einer berufsbildenden Schule den Bildungsgang der zweijährigen Berufsfachschule (BFS) nach dem Hauptschulabschluss besucht, um dort einen Abschluss zu erreichen, der dem der Mittleren Reife entspricht. Zuvor haben diese Schülerinnen und Schüler oft unter großen Anstrengungen den Hauptschulabschluss erworben. Vom Erfolg ermutigt, und weil nicht immer die gewünschte Lehrstelle gefunden wird, nehmen diese Jugendlichen zwei weitere Schuljahre auf sich, getragen von der großen Hoffnung, das Bildungsziel der Mittleren Reife zu erreichen und damit zugleich deutlich bessere Chancen zu haben, die gewünschte Ausbildungsstelle zu finden. In dieser Bildungsphase wird von den in diesem Bildungsgang arbeitenden Lehrern in engagierter und mühevoller Arbeit versucht, den Schülern über persönliche Krisen und Phasen von akuter Schulmüdigkeit hinweg, das gesteckte Bildungsziel und zugleich auch eine Stabilisierung und Entwicklung ihrer Persönlichkeit zu ermöglichen. Dennoch erreicht ein Teil trotz großer Anstrengungen dieses Ziel nicht. Das dürfte besonders nach der neuen Erlasslage gelten, durch die die Maßstäbe für die Vergabe der Mittleren Reife angehoben werden. Und am Ende des Schuljahres 2001/2002 werden in Hessen erstmalig wieder Abschlussprüfungen in der BFS durchgeführt, was erwartungsgemäß zu einer weiteren Auslese führen dürfte.

Das bedeutet, dass diese Schülerinnen und Schüler nach zwei Jahren, einige auch nach drei Jahren (Wiederholer), ohne irgendeine Würdigung ihrer hinzugewonnenen Kompetenzen mit einem Abgangszeugnis die BFS verlassen. Dadurch erleben sie eine weitere Fortsetzung vorangegangener Misserfolge in der Schule. Sie haben nun nicht nur den schulischen Misserfolg zu verkraften, sondern sie wissen auch, dass sie bei Vorlage ihres Abgangszeugnisses kaum Hoffnung auf eine Lehrstelle haben können, wahrscheinlich sogar weniger als bei direktem Lehrbeginn nach Erwerb des Haupt-schulabschlusses zwei bzw. drei Jahre zuvor. Nirgends wird in dem Abgangszeugnis vermittelt, welche deutlichen Kompetenzerweiterungen diese Jugendlichen erzielt haben und dass die zuvor aus der Hauptschule mitgebrachten Defizite beseitigt wurden. Die vielen Beteuerungen, diese Jugendlichen in besonderer Weise fördern zu wollen, erweist sich in Anbetracht ihres Zeugnisses als leeres Versprechen. Dies ist eine große Ungerechtigkeit, die eine Lücke im Schulgesetz offenbart..

Eine Vergabe des dem Erweiterten Hauptschulabschluss (EwHA) gleichwertigen Abschlusszeugnisses an berufsbildenden Schulen könnte diese Situation grundlegend verändern. Ein solcher Abschluss kann bisher schon nach einem (!) Jahr Schulbesuch im allgemeinbildenden 10. Hauptschuljahr an bestimmten Haupt- und Gesamtschulen nach Erfüllung definierter Notenkriterien erworben werden. Warum sollte dieser nicht auch denjenigen Schülerinnen und Schülern der BFS zuteil werden, die den Abschluss dieses Bildungsganges nicht erreichen?

Maßstab der Leistungsbewertung könnte dabei sein, dass diese Schüler nunmehr (nach zwei bzw. drei Jahren Berufsfachschule) den gesamten Bildungskanon der vorausgegangenen Schule sicher und anwendungsbezogen beherrschen. Zusätzlich wäre zu berücksichtigen, dass diese Schüler auch über große Teile des Bildungskanons der BFS (z. B. Englischkenntnisse) verfügen. Die Details wären schuljuristisch von den Fachleuten zu klären.

So könnte etwa die Klassenkonferenz am Ende des dritten Halbjahres durch Notenkriterium entscheiden, ob ein Schüler, eine Schülerin die Zulassung oder Empfehlung zur Abschlussprüfung der BFS erhält oder ihm/ihr als Alternative eine Prüfung zum EwHa anzubieten ist. Für die Gestaltung der Unterrichtsprozesse des vierten Halbjahres könnte das bedeuten, dass in besonderer Weise differenzierend gearbeitet und gezielt auf die unterschiedlichen Abschlüsse vorbereitet wird.

Im Übrigen hätten nach Einführung der Möglichkeit des Erwerbs eines EwHA in der BFS die Schüler bereits vom ersten Tag an bei Eintritt in diesen Bildungsgang zwei mögliche Alternativen vor Augen und damit von Anfang an die ermutigende Perspektive, wahrscheinlich eines von beiden Zielen zu erreichen und damit eine gute Aussicht auf eine Lehrstelle. Die Sorge, am Ende wieder nichts erreicht zu haben und ins Leere zu fallen, verringert sich damit ganz erheblich.

Zudem kann ein Ausbildungsbetrieb, der einem solchen Schüler mit erworbenem EwHA eine Ausbildungsstelle anbietet, davon ausgehen, dass er einen Jugendlichen mit qualifizierten (Hauptschul-) Kompetenzen bekommt. Diese wurden ergänzt um wesentliche Elemente der BFS-Kompetenzen (die z. B. vermittelt wurden im Fach Englisch und durch Inhalte aus den Bereichen Sozialpädagogik, Medizin, Metall, Elektrotechnik und durch Absolvierung von Betriebspraktika usw.). Er bringt dadurch die Voraussetzungen mit, einen guten Lehrabschluss erreichen zu können und ein wertvoller Mitarbeiter zu werden.

# Erweiterter Hauptschulabschluss in der Berufsfachschule?

Auf Anfrage war aus dem Hessischen Kultusministerium zu erfahren, dass eine Vergabe des EwHA in der BFS im Hessischen Schulgesetz z. Zt. nicht vorgesehen ist. Allerdings wird ausdrücklich auf die Möglichkeit eines Schulversuches gemäß § 14 HSchG unter Einbeziehung der schulischen Mitbestimmungsorgane und anschließender Antragstellung an das Kultusministerium hingewiesen.

Es bleibt zu hoffen, dass berufsbildende Schulen einen solchen Weg erproben und daraus vielleicht sogar eine Regellösung entsteht. Wir sind sicher, dass die Möglichkeit der Vergabe eines EwHA in der BFS zu einer dringend benötigten Verbesserung der Lernmotivation beiträgt und zugleich eine verbesserte Ausgangslage für die Bewerbung auf dem Lehrstellenmarkt bietet.

Jochen Zietlow bei der Medienarbeit

Die Käthe-Kollwitz-Schule in Offenbach plant einen solchen Schulversuch und hofft auf die Genehmigung zur Durchführung.

Jürgen Hein, Jochen Zietlow

# Nicaragua - vergessen?

Gerade aus der GEW hatten sich viele Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter mit der Sandinistischen Revolution identifiziert. Die Ziele von 1979 waren gerade für uns eindringlich: Sturz der Militärdiktatur, Enteignung des Großgrundbesitzes, Bildung für alle, Alphabetisierungskampagne á la Cuba, Gleichstellung der Frau, kostenloses Gesundheitswesen und und ... .

1990 hatten die Sandinisten überraschend die Wahlen verloren, so dass die sonst in Mittel- und Südamerika übliche Orientierung am Dollar und den USA nachgeholt werden konnte. Die Folgen: Rückgabe der Latifundien, Rückbildung des Bildungs- und Gesundheitswesens, Unterwerfung unter die IWF-Auflagen, d.h. erhebliche Steigerung von Arbeitslosigkeit, Preisen für Grundnahrungsmittel, Armut und Kriminalität.

Also innerhalb von 10 Jahren ein Land wie die anderen auch, nur noch etwas ärmer und desillusionierter.

Das stimmt nicht ganz. Denn eine große Zahl von Nicaragua-Initiativen und gerade auch die auf dem Hintergrund unserer Gewerkschaft machten weiter. Die einmal geschaffene Infrastruktur von Hilfsmaßnahmen, die gegenseitigen Besuche, Delegationen, Brigaden usw. aber auch die dadurch gewachsenen Freundschaften und Beziehungen wollten wir nicht deshalb aufgeben, weil Nicaragua falsch gewählt hatte.

So war und ist es auch in unserem Kreisverband. Eine Reihe von Kolleginnen und Kollegen hatten in ihren Sommerferien Nicaragua besucht. Es gab sehr gut besuchte Mitgliederversammlungen mit nicaraguanischen Gästen. Wenn der Offenbacher Verein „Para Nicaragua“ zu Sammlungen aufrief, gab es starkes Feedback aus der Mitgliedschaft. So wurde vor knapp 10 Jahren beschlossen, zunächst die Lehrergewerkschaft ANDEN und später das Frauenhaus in Offenbachs Partnerstadt Rivas mit jährlich DM 2.000 aus dem Etat des Kreisverbands zu unterstützen. Mit diesen Mitteln konnte 1994 sogar ein Gewerkschaftshaus gebaut werden.

# Solidarität mit Nicaragua

„Para Nicaragua“ auf dem Offenbacher Marktplatz

In diesem Jahr wurde finanzielle Unterstützung auf ein Frauenhaus gelenkt, das sozusagen Tochter des Frauenhauses von Rivas ist.

Es steht in der nahegelegenen Landgemeinde Tola und war 1996 mit Unterstützung einer Offenbacher Brigade als Lehmziegelhaus im Eigenbau errichtet worden. Da nun die Lehmziegel in der Regenzeit empfindlich sind, gibt es

Kinder holen Trinkwasser. Mit deutscher Hilfe konnte hier inzwischen eine Wasserleitung gebaut werden.

Stabilitätsprobleme, die in einem tropischen Land provisorisch mit Zusammenkünften im Freien gelöst werden. Die Fraueninitiative hatte daher die Offenbacher darum gebeten, eine Überdachung zu finanzieren in einem Umfang von DM 3.300. Da dem Kreisvorstand im letzten Jahr keine weiteren Spendenanträge zugegangen waren, konnte der Vorstand außerplanmäßig auf DM 3.000 erhöhen. Die Caféteria der Käthe-Kollwitz-Schule steuerte die fehlenden DM 300 bei.

Und nun warten wir auf die Realisierung des Projekts. Zwei Offenbacher Zivildienstleistende besorgen die Koordination vor Ort.

Im nächsten Info werden wir mitteilen können, wie das Ding gelaufen ist.

Wolfgang Christian

# Jede Hilfe ist willkommen!

Im Mai 2001 hat der Kreisverband Offenbach-Land zu einer Informationsveranstaltung mit nicaraguanischen Kolleginnen eingeladen, die drei Wochen Gäste an der Heinrich-Mann-Schule in Dietzenbach und der Nell-Breuning-Schule in Rödermark waren.

Isolina Franco Solis und Esperanza Matinez, beides Mitglieder der Lehrergewerkschaft ANDEN, berichteten, wie sich im zweitärmsten Land Lateinamerikas die Lage durch Naturkatastrophen und neoliberale Regierungspolitik weiter verschlechtert hat.

Für den schulischen Bereich heißt das beispielsweise:

* Der Unterricht findet in Klassen von 60 bis 65 Schülerinnen und Schülern statt.

* Es fehlt überall an Grundausstattung, So müssen etliche Schüler während des Unterrichts stehen, weil nicht genügend Stühle vorhanden sind.

* Eine Arbeitslosenquote von 60% bedingt auch, dass das Schulgeld an den staatlichen Secundarias (entspricht unserer Sekundarstufe I) von ca. 2 US-Dollar pro Kind und Monat von vielen kinderreichen Familien nicht aufgebracht werden kann.

* Da der Durchschnittsverdienst von Lehrern bei ca. 100 US-Dollar im Monat liegt, müssen viele unserer nicaraguanischen Kolleginnen und Kollegen Zweit- und sogar Drittjobs annehmen, um ihren Lebensunterhalt bestreiten zu können.

Angesichts dieser Verhältnisse ist jede Hilfe willkommen.

Beim Monimbo-Verein in Dietzenbach ist ein Spenden-Konto eingerichtet worden, um u.a. Familien bei den Schulgeldzahlungen unterstützen und so mehr Kindern den Schulbesuch ermöglichen zu können:

**Konto-Nr. 557773, Volksbank Dreieich (BLZ 505 922 00), Stichwort: Stipendienfonds**

Gisela Beez, Brigitte Fischer

Der KV OF-Land empfängt Gäste aus Nicaragua

# Offener Kanal Offenbach/Frankfurt

Der Offene Kanal ist seit Anfang 1997 häufig Partner von SchülerInnen und LehrerInnen. Im Laufe der Jahre gab es immer wieder Sendungen aus dem und über das Offenbacher Schulleben, zum Beispiel: „Lernen...spielen... feiern. – Schulische Aktivitäten werden vorgestellt“; „Schulalltag der 4a in der Goetheschule“; „School is over“; „Chancenlos – Theaterstück aus der Käthe-Kollwitz-Schule“; „Pokemon und andere Helden“.

Seit dem Sommer 2001 sind die Hessischen Offenen Kanäle dazu aufgefordert, ihre bisherige Arbeit im Sinne von Medienpädagogik und vor allem Medienkompetenzentwicklung zu verstärken. Zwar agiert das Offenbacher Team schon lange an der Grenze seiner zeitlichen und personellen Belastbarkeit, ist aber entschlossen, frei werdende Kapazitäten für neue Projekte einzusetzen.

Junge Menschen bzw. die sie betreuenden PädagogInnen können hierbei ihre eigenen

Das OK-Team schult und unterstützt Sie!

Möglichkeiten und die des Offenen Kanals zum Einsatz bringen. Lehrerinnen und Lehrer werden in mehreren Kursbausteinen zu Multiplikatoren ausgebildet. Im Unterricht, in Projektwochen, beim Schulfernsehen oder in einer Fernseh/Video AG können Jugendliche sicherlich eine Form finden, eigene Interessen, schulische Inhalte oder ihre Probleme und Wünsche so darzustellen, dass sie selbst davon profitieren und zugleich ihre Themen einem breiteren Zuschauerkreis näher bringen können.

Alle interessierten PädagogInnen sind mit ihren Klassen zu einer Infoveranstaltung in den Offenen Kanal eingeladen. Dort können Sie sich

# Fernsehen zum Selbermachen

einen Überblick über die Angebote verschaffen. Bitte vereinbaren Sie vorher einen Termin mit uns.

Hier einige allgemeine Informationen über den Offenen Kanal: Unser Team besteht aus Isabelle Hansen, Katja Ester, Christiane Schöwer, Bernhard Bauser und Sabine Westerhoff-Schroer. Von uns erhalten Sie alle Informationen, Beratungen und Kurse, die Sie brauchen, um Ihre Fernsehsendungen zu gestalten.

Für Ihre Produktionen steht Ihnen unterschiedliche Technik zur Verfügung. Für Projektgruppen stehen seit kurzem kleine digitale Camcorder bereit. Wir schulen Sie in kleinen Gruppen, damit Sie bald alleine zurecht kommen. Camcorder, Schnittplätze, Studio, Projekträume und ein mobiles Studio auf Rädern (OK-Mobil) können je nach Fähigkeiten und Gruppengröße genutzt werden. Alle Termine für Kurse und Einweisungen richten wir nach Bedarf ein. Bitte rufen Sie uns an, wenn Sie an einem Kurs teilnehmen möchten: 069/82 6 91 00.

Nach Abschluss Ihrer Fernsehproduktion können die Beiträge zur Sendung angemeldet werden. Für junge Produzentinnen und Produzenten ist dies ein befriedender Arbeitsabschluss. Die maximale Sendezeit umfasst 60 Minuten.

Ihre Sendungen können in rund 320 000 verkabelten Haushalten gesehen werden - in Frankfurt, Kelsterbach, Mühlheim, Neu-Isenburg und Offenbach.

Wir senden auf Kabelkanal 4 zu folgenden Zeiten:
Montag bis Freitag täglich um 17 Uhr die Erstsendungen, die ab 22 Uhr wiederholt werden. Eine weitere Wiederholung am folgenden Vormittag ab 10 Uhr. Am Wochenende samstags die Sendungen der ersten drei Wochentage ab 13 Uhr und sonntags die restlichen beiden Tage ab 15 Uhr.

Sie finden uns in der Berliner Str. 175 in 63067 Offenbach.

Das sind unsere Öffnungszeiten: Montag, Mittwoch und Freitag von 10 bis 12 und von 13 bis 17 Uhr; Donnerstag von 13 bis 19 Uhr. Bitte beachten Sie, dass der OK am Dienstag für Nutzer geschlossen bleibt.

Christiane Schöwer, OK-Leiterin

# Unsere Sendungen: GEW-TV

Seit Juli senden wir einmal im Monat eine halbe Stunde auf einem festen Sendeplatz an jedem vierten Montag im Monat um 18.30 Uhr.

Winfried und Wolfgang an der Kamera

Sämtliche Sendungen werden jeweils an dem Montag der Erstausstrahlung um 23.30 sowie am darauf folgenden Samstag um 14.30 Uhr wiederholt. Dabei sind zeitliche Verschiebungen um wenige Minuten möglich.

Unsere Sendungen werden regelmäßig auf unserer Homepage angekündigt.

Im Rahmen der von uns geplanten Sendereihe möchten wir Offenbacher GEW-Schul- und Fachgruppen ein Angebot machen.

Wenn ihr zu einem bestimmten Thema eine Sendung im Studio machen wollt, stellen wir die Technik. Ihr stellt eine Moderatorin oder einen Moderator, entwickelt ein Konzept für die Sendung, ladet Gäste ein, die ihr befragen möchtet, sprecht mit uns einen Termin ab. Die Aufnahmetechnik stellen wir.

Um die Möglichkeiten im OK-Studio voll auszuschöpfen, sollten nicht mehr als 5 Personen gleichzeitig diskutieren. Die Sendezeit beträgt etwa 30 Minuten.

Es besteht auch die Möglichkeit, kleine Filme, die ihr gedreht habt, mit einzuspielen.

Setzt euch mit uns in Verbindung, um die Details zu klären -- Anruf genügt:
Telefon 069-40 80 78 40 (M. Köditz).

Letzte Vorbereitungen zum Studiogespräch mit Tarek Al Wazir

# Zur Diskussion

Das Staatliche Schulamt für Stadt und Landkreis Offenbach hat in diesem Schuljahr einen neuen Leiter bekommen, Herrn LSAD Maier. Ruth Storn und Manfred Tybbussek vom GEW-Kreisvorstand Offenbach-Land und Gabi Bechtel und Michael Köditz vom KV Offenbach-Stadt führten am 11.9. ein Gespräch mit ihm.

Über diese Fragen möchten wir nicht nur mit Herrn Maier in eine Diskussion einsteigen, sondern auch mit den GEW-Mitgliedern in Stadt und Kreis Offenbach. Daher bitten wir euch, uns eure Antworten und Stellungnahmen zu diesen Fragen zuzusenden, damit wir sie im nächsten Info abdrucken können.

## Interview mit Gerhard Maier, dem neuen Leiter des Staatlichen Schulamts

***GEW-Info:*** *„Höllenjob Lehrer“ titelte der „Focus“ im April. Auch wenn der Titel reißerisch ist, zeigt sich doch, dass die enorme Arbeitsbelastung vieler Lehrkräfte ins öffentliche Bewusstsein vorgedrungen ist. Arbeitszeituntersuchungen und eine sehr viel höhere Zahl von Frühpensionierungen aus gesundheitlichen Gründen als in anderen Bereichen, in denen Beamte arbeiten, machen ebenfalls diese Überlastung deutlich. Hier spielt auch ein erhöhtes Maß an Stress durch ein verändertes Schülerklientel eine große Rolle.*
*Was können Sie dazu beitragen, die Belastungen der Lehrkräfte auf ein Maß zu reduzieren, das ihrer Arbeitszufriedenheit und Gesundheit nicht abträglich ist ?*

**Gerhard Maier:** Ich habe heute die HLZ mit einem Artikel „Lehrer – Traumberuf oder Höllenjob“ erhalten. Das drückt aus , in welcher Situation unsere Lehrerinnen und Lehrer sind. Es ist in der Tat eine Sache, bei der Staatliche Schulaufsicht sich nicht ausklammern kann.
Der Lehrer- und Lehrerinnenberuf steckt in einem riesigen Dilemma. Unser Arbeitgeber ist nicht nur das Land Hessen, der wirkliche „Arbeitgeber“ sind unsere Schülerinnen und Schüler. Denn die machen uns die Arbeit, und die können wir als Staat oder als Staatliche Schulaufsicht nur indirekt beeinflussen. Wenn es stimmen sollte, dass wir Lehrkräften zu viel Bürokratie abverlangen, sollten wir möglichst überflüssige Arbeit vermeiden. Wir sollten in und mit den Schulen einmal darüber nachdenken, ob nicht Dinge auf den Prüfstand gestellt werden können, ob sie noch notwendig sind oder ob sie integrierbar sind in die neuen Aufgaben.
Stichwort „Schulprogramm“ zum Beispiel. Hier haben wir eine neue Aufgabe. Wir könnten sehr wohl überlegen, ob es Möglichkeiten der Entlastung gibt. Dies betrifft sowohl das Planung als auch die Arbeit mit dem Programm und auch die spätere Umsetzung.
Zweiter Punkt könnte sein, uns z. B. Konzepte für schwierige Schülerinnen und Schüler zu überlegen.
Ich könnte mir sehr gut eine Kooperation mit den Studienseminaren und dem HELP vorstellen, in der man das Kriterium „Entlastungsmöglichkeiten“ einbringt in ein „Learning on the Job“.
Lehrerinnen und Lehrer sollten von einem permanent schlechtem Gewissen wegkommen, ein geplantes Leistungssoll nicht erreicht zu haben, obwohl man sich wirklich eingesetzt hat. Da könnte ich mir vorstellen, dass Schulaufsicht Lehrkräften gerade an dieser Stelle Mut machen, Rückendeckung im Konfliktfall und Sicherheit für Entscheidungen geben kann. Vielleicht wirkt das an der einen oder anderen Stelle auch entlastend.

Gerhard Maier

***Frage:*** *Arbeitsschutz und Gesundheitsförderung sind gesetzlich vorgeschriebene Aufgaben für Arbeitgeber, an denen auch die Personalräte zu beteiligen sind. Der Gesamtpersonalrat hat bereits vor mehreren Monaten Mitglieder für einen diesbezüglichen Ausschuss benannt. Wann wird zu einer konstituierenden Sitzung eingeladen ?*
**Antwort:** Grundsätzlich spricht aus meiner Sicht nichts dagegen, wenn wir einen Ausschuss bilden, der sich mit diesen Fragen befasst. Wir sollten aber vorher zusammen den Auftrag einer solchen Arbeitsgruppe klären. Auch müssen wir die Rolle dieses Ausschusses klären, besonders im Verhältnis zu den Schulen, deren Zuständigkeiten und der der schulischen Gremien. Im Sinne der Funktionsfähigkeit einer solchen Gruppe halte ich es für wichtig – und das können wir in absehbarer Zeit machen – die Vorfragen zu klären.

***Frage:*** *Die vorbereitenden Arbeiten können also jetzt aufgenommen werden?*
**Antwort:** Aus meiner Sicht spricht nichts dagegen. Wenn es von allen Seiten als sinnvoll erachtet wird, dann können wir die Dinge angehen, ohne dass ich jetzt konkret einen Zeitplan entwickeln möchte.

***Frage:*** *Es gibt einen Erlassentwurf zum Ausschreibungs- und Auswahlverfahren zur Besetzung von Funktionsstellen.*
*Vorgesehen ist, dass in sehr vielen Fällen die Auswahl nach Aktenlage entschieden werden kann. Gleichzeitig werden aber die geforderten Qualifikationen der Bewerberinnen und Bewerber detailliert beschrieben. An erster Stelle stehen dabei die „psychosozialen Kompetenzen“. Welches Verfahren streben Sie an, diese Kompetenzen zu überprüfen?*
**Antwort:** Sie wissen aus ihren Beteiligungen, dass Auswahlverfahren sehr komplexe Vorgänge sind. Es wird bisweilen falsch eingeschätzt, dass dieser Überprüfungstag das Nonplusultra sei und alles andere zweitrangig. Es könnte sogar sein, und das gestehe ich gerne zu, dass das in der Vergangenheit eine Rolle gespielt hat oder so interpretiert werden konnte. Diese Überprüfung

ist aber kein Test, den man besteht oder nicht besteht. In die Auswahlentscheidung sind viele Dinge mit einzubeziehen, das sagen uns schon unsere höchsten Gerichte. Die Bestenauslese ist zu belegen. Wir müssen die Aktenlage und die Würdigungsberichte hinzuziehen und dann auch die Ergebnisse eines Überprüfungsverfahrens.

Eine Auswahlentscheidung ist eine Abwägung von sehr vielen Kriterien und nicht nur der psychosozialen Kompetenzen, aber diese besonders auch.

Zum Erlassentwurf: Ich habe oft bedauert, zum Beispiel bei einer Bewerberin oder einem Bewerber Überprüfungsverfahren durchführen zu müssen, weil ich mir gesagt habe, was soll eigentlich der Aufwand, wenn ausreichend Beurteilungen vorliegen? Wir laden trotzdem ein, weil es so vorgegeben ist, auch weil wir eine Ungleichbehandlung vermeiden und Rechtssicherheit haben wollen. So gesehen könnte der neue

Michael Köditz

Erlass eine Hilfe sein.

Die Beteiligung der Personalräte ist zweifellos da. Da sehe ich auch keine Einschränkung.

Sie fragen, mit welchen Verfahren streben Sie an, diese Kompetenzen zu überprüfen? Ausgangspunkt ist das Anforderungsprofil. Das Anforderungsprofil ist schon geschrieben worden, bevor man die Bewerberlage kennt. Wenn eindeutig ist, selbst bei mehr Bewerbungen, wenn aus der Aktenlage und den Würdigungsberichten und den vorausgegangenen Tätigkeiten eindeutig erkennbar ist, dass die Punkte im Anforderungsprofil belegbar sind und zu erwarten ist, dass ein Überprüfungsverfahren nicht zu einem anderen Ergebnis führen würde – ich konstruiere ein Extrembeispiel: wenn jemand seit längerer Zeit eine Schule geleitet hat, die Stelle aber formal ausgeschrieben werden muss, jetzt sich jemand dazubewirbt, der möglicherweise die Voraussetzungen noch nicht hat oder sie theoretisch hat, aber längst nicht diesen Leistungsvorsprung hat aufgrund der Aktenlage – dann frage ich mich in der Tat, wem nutzen wir mit einem Überprüfungsverfahren?

Nicht das Überprüfungsverfahren, sondern die vorausgehenden Leistungen sind eben das Ausschlaggebende.

Gabriele Bechtel

***Frage:*** *Für den Fall, dass dieser Entwurf verabschiedet wird, ist die Beteiligungsmöglichkeit der Personalvertretungen stark begrenzt. Sind Sie bereit, mit dem GPRLL eine Vereinbarung zu treffen, damit die Beteiligung des Personalrats bei Überprüfungsverfahren und bei Auswahlentscheidungen umfassend gewährleistet ist?*

**Antwort:** Es gibt ein Personalvertretungsgesetz, es gibt Rechtsentscheide, und die sind ganz klar bindend. Sie haben bitte Verständnis dafür, wenn – was ich momentan noch nicht so sehe – dieser neue Auswahlerlass eine solche Vereinbarung tatsächlich notwendig machen würde, dann wäre es meines Erachtens nicht gut, wenn man in Stadt und Kreis Offenbach einen Alleingang machen würde. Solche Vereinbarungen müssten abgestimmt sein mit allen Staatlichen Schulämtern. Wir sind in Offenbach nicht ein Staat im Staat, sondern wir sind im Land Hessen. Im Sinne der Einheitlichkeit der Bestimmungen würde ich dafür plädieren, eine solche Vereinbarung dann weitgehend gleichen Textes mit allen Staatlichen Schulämtern zu treffen.

***Frage:*** *Viele Lehrerinnen und Lehrer beklagen, dass in den letzten Jahren die Distanz zum Schulamt größer geworden ist. Sie kritisieren, dass die Schulaufsichtsbeamten nur sehr schwer zu erreichen sind und dass Gespräche zwischen Schulaufsicht und Lehrerinnen und Lehrern kaum noch stattfinden. Dadurch entsteht die Gefahr, dass Sie im Amt hauptsächlich über Schulleiterinnen und Schulleiter Informationen erhalten und Ihnen die unmittelbare Sichtweise und vielfältigen Erfahrungen von Lehrerinnen und Lehrern unbekannt bleiben.*

*Wie stellen Sie sich einen breiteren Informationsaustausch zwischen Schulaufsichtsbeamten und den Lehrkräften vor?*

**Antwort:** Ich möchte eine Lanze für unsere Schulleiterinnen und Schulleiter brechen. Ich glaube, dass in der Regel der Kontakt und der Informationsfluss gut läuft. Informationsfluss bedeutet auch eine Bringschuld. Ich kann von einer Schulleiterin oder einem Schulleiter nicht erwarten, dass er mit Informationen seinem Kollegium nachläuft. Ich möchte auch noch eins betonen, das Staatliche Schulamt leugnet nicht seine Verpflichtung. Aber wenn wir die Schulleitungen stärken wollen, dann müssen wir den Schulleitungen auch eine entsprechende Rolle in den Schulen zubilligen. Dann können wir als Staatliches Schulamt nicht an den Schulleitungen vorbei mit den Lehrkräften kommunizieren.... Die Schulleitungen sind da, um die Schule zu leiten, erster Ansprechpartner oder Ansprechpartnerin für Informationen zu sein und die Gelenkstelle darzustellen.

Schulleiterin oder Schulleiter sind weitgehend Dienstvorgesetzte geworden. Wir wollen die Schulleitungen in ihrem Status aufwerten. Viele Maßnahmen, die wir vorhaben und die in der nächsten Zeit anstehen – ich sage zum Beispiel „Unterrichtsgarantie plus“ – sind Verlagerungen von Arbeit auf die Schulleitungen, d.h. die Schulleitungen werden eine größere Bedeutung haben und dann gehört auch dazu, dass sich das Staatliche Schulamt zurücknehmen kann, um die Autonomie der Schule zu stärken.

Selbstverständlich – und das sage ich ausdrücklich, da haben wir uns nie anders gefühlt – ist das Staatliche Schulamt auch für die einzelne Lehrkraft ein Ansprechpartner. Da schließen wir uns nicht aus. Aber dieses hat in der Regel über die Schulleitung zu erfolgen. Die Schulleitung

„Eine Nachfrage ...“

ist die erste Instanz aufgrund der Dienstvorgesetzteneigenschaft.

Es könnte natürlich sein, wenn es ein gestörtes Verhältnis gäbe zwischen Schulleitung und Kollegium, dass das dann zu einer Frage wird, mit der sich das Staatliche Schulamt intensiv zu beschäftigen hat. Im Sinne von Konflikt-

regelung, von Konfliktmanagement, im Sinne von Beratung, von Informationssteuerung, von Informationsflussgestaltung, da halten wir uns nicht raus. Das Primäre ist schlicht und einfach, und ich würde gerne dafür Sorge tragen, dass die Schulleitung in diesen Prozess immer mit einbezogen wird.

***Frage:*** *Es gibt seit geraumer Zeit deutliche Bestrebungen/Tendenzen zur Auflösung integrierter Schulangebote – auch in Stadt und Kreis Offenbach.*
*Beispiele aus der letzten Zeit sind die Auflösung von Förderstufen und der IGS Egelsbach, die Diskussionen um selbstständige Gymnasien in Dietzenbach und Seligenstadt und seit längerer Zeit das Unterlaufen des Förderstufengedankens durch ein paralleles Gymnasialangebot ab Klasse 5 – aus Sicht der GEW eine problematische, bedenkliche Entwicklung, die noch verstärkt wird durch den Run junger Gymnasiallehrer auf die Gymnasien und Ablehnung von Stellenangeboten an Gesamtschulen.*
*Welche Möglichkeiten der Einflussnahme sehen Sie im Rahmen Ihrer Kompetenzen, dieser Entwicklung, die in erster Linie eine Sache des Schulträgers ist, im Sinne eines für alle Schülerinnen und Schüler gleichwertigen, durchlässigen Angebotes entgegenzuwirken?*
**Antwort:** Sie sehen es richtig, dass das eine eindeutige Sache des Schulträgers ist. Wir haben als Staatliches Schulamt in diesen Angelegenheiten eine Beratungsfunktion. Aus Sicht eines Bürgers habe ich den Eindruck, dass Schule gerade in den letzten Jahren etwas „marktorientierter“ ist. Wir haben ja die Abstimmung mit den Füßen, das ist so etwas wie eine Marktsituation. Wenn tatsächlich Angebote vorgehalten werden, die schlichtweg von den Eltern nicht akzeptiert würden, dann ist das zumindest mal ein Fakt, den zuerst der Schulträger als für den Schulentwicklungsplan zuständig in seine Überlegungen einzubeziehen hat.
Das Staatliche Schulamt hat natürlich die Aufgabe der Beratung in diesem Fall, doch primär kommt ihm die Aufgabe der Unterrichtsversorgung zu. Und da behandeln wir die Systeme so, wie sie uns vorgegeben sind, d.h. also, wir geben jedem System seine Chance.
Das zeigt sich schon bei der Lehrerzuweisung. Es kann kein System sagen, dass wir als SSA bei der Stellenzuweisung ein System schlechter behandelt hätten. Gleichwohl haben wir bei der tatsächlichen Lehrerversorgung ja an der einen oder anderen Stelle Schwierigkeiten, dass uns nämlich die Gymnasiallehrer nicht in dem gewünschten Maße in die integrierten Systeme gehen. So entsteht ein Teufelskreis, weil Lehrkräfte mit dem Lehramt an Gymnasien an der Schule bisweilen als Indikatoren für gymnasiale Bildung von den Eltern gesehen werden. Wenn sie die Leute nicht haben und die Ranglisten leer sind, wird es schwierig. Ich sehe durchaus auch die Probleme, die Sie angedeutet haben in Ihrer Frage. Was wir tun können an der Stelle, das tun wir, um die Chancengleichheit und auch die Chancen für diese Systeme zu erhalten. Wenn ich es einmal banal sagen darf: jedes Kind ist verschieden, aber wir lieben alle unsere Kinder – also auch die integrierten Systeme.

***Frage:*** *Sehen Sie denn Möglichkeiten von Seiten des Schulamts, auf die Einstellung von jungen Lehrkräften Einfluss zu nehmen?*
**Antwort:** Das machen wir ja auch. Wir haben mehr Gymnasialstellen ausgeschrieben als wir freie Gymnasialstellen hatten. Wir haben für die integrierten Systeme ganz bewusst Gymnasialstellen ausgeschrieben, aber trotz intensiver Beratung und Werbung Schwierigkeiten, diese tatsächlich zu besetzen.
***Frage:*** *Ist das nicht auch ein Problem des Lehrerbildes in der Ausbildung von Gymnasiallehrkräften?*
**Antwort:** Ganz klar. Wir haben zwar den Studienseminaren keine Vorschriften zu machen, ich für meine Person würde es allerdings gerne sehen, wenn grundsätzlich jede Schule eine Ausbildungsschule wäre, die Zuweisung der Referendarinnen und Referendare so erfolgte, dass sie auch integrierte Systeme kennenlernen.

Gerhard Maier und Ruth Storn im Gespräch

Manfred Tybussek

***Frage:*** *Die hessische Schulpolitik befindet sich seit gut einem Jahr in dem Widerspruch, auf der einen Seite einen Mangel an qualifiziertem Lehrernachwuchs verzeichnen zu müssen (Ranglisten sind z.T. „abgearbeitet“), andererseits die schlechtesten Ausbildungsbedingungen für Referendare seit Jahren zu haben.*
*Wie gedenken Sie Ihren Einfluss als Amtsleiter geltend zu machen, um die Versorgungslücke, die zu Lasten der Schulen geht, mit qualifizierten Lehrkräften zu schließen?*
*Welche Lösungsansätze sehen Sie mittelfristig, **um aus** diesem Dilemma herauszukommen?*
**Antwort:** Sie wissen ja wahrscheinlich, dass ich zu den Vätern des Amtes für Lehrerausbildung gehöre. Das ist ja kein Zufall gewesen. Ich möchte jetzt nicht so weit gehen wie Sie, dass ich sage, wir haben schlechte Ausbildungsbedingungen. Was wir natürlich brauchen, ist qualifizierter Lehrernachwuchs. Es kommen mehr Qualifikationen und damit Ausbildungsinhalte dazu. Diesen müssen wir uns durch eine verbesserte umfassendere Lehrerausbildung und durch eine entsprechende Weiterbildung in der Arbeit stellen. Ich möchte nicht verhehlen, dass ich durchaus nach der Konsolidierung der Studienseminare Chancen sehe, weil da doch sehr effizient mit neuen Methoden die neuen Aufgaben angegangen werden.

***Frage:*** *Nun hat die Stärkung des Lehrernachwuchses ja auch einen quantitativen Aspekt. Es gibt eine deutliche Versorgungslücke. Kommen denn die jungen Menschen so ohne weiteres an die Universitäten und in*

*die Referendarausbildung, um Lehrerin oder Lehrer zu werden und in einigen Jahren die Lücke zu füllen?*

**Antwort:** Von heute auf morgen leider nicht. Ich bin an der Stelle leider nicht optimistisch und würde mich gerne täuschen. Wir müssen in der Tat auch Werbestrategien ansetzen. Das kann aber nicht allein schulamtsbezogen sein. Ich hoffe, dass es gelingt, dass wir über dieses Amt für Lehrerausbildung gewissermaßen als eine Gelenkstelle zwischen Universität und Schule auch Motivationsmomente hineinbringen, um dadurch zu bewirken, dass mehr Lehramt studiert wird.

***Frage:*** *Was wären denn solche Motivationsmomente?*

**Antwort:** Ich hoffe, es gelingt – das ist aber eine Bundesregelung – , dass die hessische Ministerin mit ihrer Initiative Erfolg hat, die Referendarbezüge zu erhöhen. Das ist aber nur ein Punkt. Ich glaube, es kommt noch ein ganz anderer, viel wichtigerer Punkt hinzu, was ich als Image des Lehrers oder der Lehrerin bezeichnen möchte. Wir müssen das Bild der Lehrkraft in der Öffentlichkeit positiver skizzieren. Wir sind in einem Konkurrenzkampf mit der Wirtschaft, d.h. also, wir müssten sehen, dass wir durch Öffentlichkeitsarbeit, durch die Darstellung der Arbeit in den Schulen, ein positives Bild der Tätigkeit vermitteln.

Dass wir nicht mit den Gehältern der freien Wirtschaft konkurrieren können und dass dieses sichere Beamtentum auch nicht mehr das ist, was zur Zeit einen Anreiz bietet, das muss uns klar sein. Trotzdem müssen wir es versuchen. Wir brauchen ja insbesondere die Leute, die uns an den Universitäten weglaufen, die Mathematiker, die Informatiker, die Chemiker, die Physiker.... Merkwürdigerweise drängt ein Teil nach einer gewissen Zeit wieder zu uns zurück, etwa in die Berufsschulen, die nach Jahren Berufspraxis, möglicherweise nach hohem Stress im Beruf, sagen: Könnte ich jetzt Lehrer werden? Wir können uns nicht leisten, an diesen Leute vorbeizugehen. Wir sollten darüber nachdenken, Möglichkeiten eines Einstiegs zu entwickeln – nicht von Unqualifizierten, das möchte ich deutlich sagen –, aber von Leuten, denen man die Chance gibt, sich in der Tätigkeit zu qualifizieren. Ich möchte keine Nichtpädagogen an der Schule haben. Aber ich möchte „Spätberufenen“ die Chance geben, sich pädagogisch zu qualifizieren.

***Frage:*** *Was halten Sie in diesem Zusammenhang von dem kürzlich vom Kultusministerium herausgegeben und sehr schnell wieder zurückgezogenen Erlassentwurf, der u.a. für diese Gruppe von Leuten aus dem Berufsleben eine „pädagogische Schmalspurausbildung“ neben einem vollen Unterrichtseinsatz vorsah?*

**Antwort:** Ich möchte es bei der allgemeinen Aussage, die ich eben gemacht habe, belassen. Es muss eine Überprüfung geben. Die erworbene Qualifikation muss in irgendeiner Weise messbar und bestätigbar sein. Sonst würde der gegenteilige Effekt entstehen, dass plötzlich niemand mehr das Lehramt studiert, sondern sich sagt, dann mache ich nur noch das Diplom, damit bin ich auf dem sicheren Wege. Lehrer werden kann ich dann immer noch. Es darf nicht zu attraktiv sein, es muss aber für diejenigen, die den anderen Weg gegangen sind, eine Öffnungsklausel geben. Da ich davon ausgehe, dass an der Stelle nicht Massen kommen und auch nicht kommen sollen, kann man sich da individuelle Wege überlegen.

***Frage:*** *Im Rahmen des Projektes „Unterrichtsgarantie plus“ soll die einzelne Schule einen Pool von „Vertretungskräften“ schaffen (auch unter Beteiligung des Fördervereins), um kurzfristige Unterrichtsausfälle zu vermeiden. Wir haben uns jetzt mit unserer Frage auf eine Variante dieses Programms konzentriert, weil wir sie für diejenige halten, die die größten Gefahren beinhaltet, nämlich wenn es dann darum geht, Unterrichtsausfall um jeden Preis zu verhindern und dies auch mit Personen sicherzustellen, ohne dort auf eine pädagogische Qualifikation Wert zu legen.*

*Deshalb befürchten wir von der GEW eine Qualitätsverschlechterung schulischer Bildung. Wenn Sie diese Einschätzung teilen, fragen wir, mit welchen Maßnahmen eine solch drohende Qualitätsverschlechterung schulischer Bildung ausgeschlossen werden kann?*

**Antwort:** Ich teile diese Aussage nicht ganz. Um das mal deutlich mit einem Schlagwort zu sagen: Vertretung ist allemal besser als Unterrichtsausfall. Ich sehe bei diesem Projekt auch große Chancen, allen Schulen die Möglichkeit zu bieten, einen Pool zu schaffen, was nicht zwangsläufig zu Qualitätsverlusten führen muss: z. B. reguläre Lehrkräfte, die ihre Stundenzahl reduziert haben oder Lehrkräfte im Ruhestand, Referendarinnen und Referendare, Lehramtsstudenten. Natürlich kann man unterstellen, die zu vertretende Lehrkraft hätte einen qualitativ höherwertigen Unterricht gehalten als die Vertretungslehrkraft, aber deren Arbeit möchte ich keinesfalls abqualifiziert wissen. Bei entsprechender Einarbeitungsmöglichkeit werden auch bei Vertretungen bestimmt gute Ergebnisse sichtbar sein.

***Frage:*** *Sie haben den Personenkreis angesprochen, der für diesen Vertretungsunterricht in Frage käme. Haben Sie ganz bewusst pädagogisch unqualifiziertes Personal herausgelassen? Kommt z.B. ein Übungsleiter aus einem Sportverein für Sie in Betracht?*

**Antwort:** Das schließe ich nicht aus. Man kann zwar in diesen Unterricht nicht jede und jeden schicken, aber wenn ich Flexibilität will, würde

Ruth Storn

ich vorab kein künstliches Tabu aufbauen wollen. Natürlich möchte ich nicht, dass jede x-beliebige Hausfrau einspringen kann. Lösungen sind schulbezogen und individuell zu finden. Die Schule sollte selbst die konkreten Anforderungen beschreiben. Was ich nicht primär anstrebe, aber auch nicht ausschließe, ist die Versorgung über Fördervereine. Was ich auch nicht anstrebe, ist Beaufsichtigung. Wenn Beaufsichtigung erforderlich sein sollte, bin ich dafür, das auch so zu nennen. Ich bin dafür. keine Ausschlüsse vorzunehmen, aber einen möglichst hohen Anspruch an die Vertretung anzustreben.

***GEW-Info:*** *Herr Maier, wir bedanken uns für das Gespräch!*

Bitte schickt eure Antworten und Stellungnahmen zu diesen Fragen bis zum 15.12. an die Redaktion des GEW-Info c/o M. Köditz, Am Leinritt 10, 60386 Frankfurt!

Gabriele Bechtel, Michael Köditz, Ruth Storn, Manfred Tybussek

# Adressen

## Kreisvorstand Offenbach-Land

Anschrift:
Babenhäuser Str.29a
63128 Dietzenbach

**Mitglieder des Kreisvorstands:**

**I. Geschäftsführender Vorstand**

**Manfred Tybussek**
Kreisvorsitzender, Kreisrechner, Pressearbeit
Tel. 06108-6 99 30
Fax 06108-6 94 29

Der KV demonstriert in Wiesbaden

**Thomas Kiele**
Stellv. Vorsitzender
Vertrauensleutesprecher
Betreuung d. Referendare GHRS
Tel. 06074-3 22 33
Fax 06074-48 47 16
Email: Thomas.Kiele@t-online.de

**Ruth Storn**
Geschäftsführerin
Tel. 06101-50 02 66
Fax 06101-50 02 67
Email: r.storn@gew-offenbach.de

**Uli Simonis**
Rechtsberater
Tel. 06106-1 71 18
Fax 06106-69 76 19
Email: u.simonis@gew-offenbach.de

**II. Weitere Mitglieder**

**Werner Theobald**
Stellv. Vorsitzender
Pressearbeit
Tel. 069-53 05 90 10
Fax 069-53 05 90 12
Email:
Wernertheobald@t-online.de

**Rainer Spatz**
Gesamtpersonalratsvorsitzender
Fachgruppe Berufliche Schulen
Vertreter beim DGB
Tel. 069-61 73 64
Fax. 069-61 73 64

**Edith Knecht**
Vertreterin d. Pensionäre
Tel. 06102-3 98 40
Email: Edith.Knecht@t-online.de

**Martin Koch**
Tel. 06102-3 13 14
Fax 06102-73 38 90
Email: MKoch@t-online.de

**Christiane Ostersetzer**
Tel. 06159-1036
Fax 06159-91 30 66

**Marion Altenburg**
Kooperative Gesamtschule mit Oberstufe
Tel. 06102-72 21 92
Fax 06102-72 21 94

**Gisela Beez**
Kooperative Gesamtschule mit Oberstufe
Tel. 06104-13 97
Fax 06104-6 63 80
e-mail: PeterBeez@t-online.de

**Susanne Kannwischer**
Grundschule
Tel. 06108-6 72 23
Email: s.kannwischer@gew-offenbach.de

**Edna Vornberger**
Kooperative Gesamtschule mit Oberstufe
Tel. 06074-38 66
Fax 06074-38 66

**Norbert Weimann**
Kooperative Gesamtschule
Tel. 069-82 37 50 50
Fax 069-82 37 50 49
Email: famweimann@t-online.de

**Winfried Scholz**
m.t. Fachlehrer
Tel. 06106-56 19

Protest gegen die Sparpolitik der Landesregierung

**René Schüttke**
Sonderschule
Tel. 06074-4 27 62
Email: rene.schuettke@t-online.de

**Reiner Dörr**
Sonderschule
Tel. 069-86 58 46

**Rolf Blees**
Tel. 06103-5 12 79
Email: rolfblees@web.de

**Beate Ackermann**
Haupt- und Realschule
Tel. 06108-7 64 16

Der Kreisvorstand unterwegs

# Kreisvorstand Offenbach-Stadt

**Vorsitzende:**

**Gabriele Bechtel**
Fechenheimer Leinpfad 7
60386 Frankfurt
Tel. 069-41 53 20
Email:
g.bechtel@gew-offenbach.de
Sachgebiete:
Sonderschule und Integration,
Gemeinsamer Unterricht
Gesamtpersonalrat

Moderation im Studio

**Winfried Deschauer**
Brandsbornstr. 73
63069 Offenbach
Tel. 069-84 21 30
Email: w.deschauer@gew-offenbach.de
Sachgebiet: Sekundarstufe I
Gesamtpersonalrat

Gespräch im „Offenen Kanal“

**Kreisrechnerin:**

**Hildegard Feuchter**
Dreieichring 16
63067 Offenbach
Tel. 069-88 66 49
Sachgebiete: Grundschule, Frauenfragen,
Rechtsberatung, Gesamtpersonalrat

**Medienreferent:**

**Michael Köditz**
Am Leinritt 10
60386 Frankfurt
Tel. 069-40 80 78 40
Email: m.koeditz@gew-offenbach.de
Sachgebiete: Berufliche Schulen und
sozialpädagogische Berufe,
Gesamtpersonalrat

**Beisitzer:**

**Dr. Wolfgang Christian**
Kantstr. 18
63067 Offenbach
Tel. 069-81 00 78
Email: w.christian@gew-offenbach.de
Sachgebiete: Soziale Offensive
Offenbach und Para Nicaragua

**Sylvia Harth-EI Hawi**
Friedensstr. 88
63071 Offenbach
Tel. 069-85 77 03
Sachgebiet: Sonderpädagogik

**Christa Rugen**
Am Mühlgraben 58
63263 Neu-lsenburg
Tel. 06102-32 08 33
Email: c.rugen@gew-offenbach.de
Sachgebiet: Haupt- und Realschulen

**Gerhard Schenk**
Lilienstr 3a
63322 Rödermark
Tel. 06074-9 52 33
Sachgebiet: Haupt- und Realschulen

**Ute Schinke**
Frankenstr. 57a
63075 Offenbach
Tel. 069-86 55 67
Sachgebiete: Grundschule, Rechtsberatung

Profis bei der Arbeit

**Marion Weßling-Bagel**
Kennedyallee 107
60596 Frankfurt
Tel. 069-63 19 94 12
Sachgebiet: Referendarinnen und Referendare

Diskussion im KV-Team

**Kooptiertes Mitglied:**

**Gerda Bauer**
Sprendlinger Landstr. 55
63069 Offenbach
Tel. 069-847363
Email: g.bauer@gew-offenbach.de
Sachgebiet: Gymnasien und gymnasiale
Oberstufe;
Gesamtpersonalrat

Demonstration des Offenbacher Stadtschülerrats
gegen Rassismus und Gewalt: Peter Gingold spricht

**Wahrscheinlich gibt es nicht viele Berufe, an die die Gesellschaft so widersprüchliche Anforderungen stellt:**

Gerecht soll er sein, der Lehrer, und zugleich menschlich und nachsichtig, straff soll er führen und doch taktvoll auf jedes Kind eingehen; Begabung wecken, pädagogische Defizite ausgleichen, Suchtprophylaxe und Aidsaufklärung betreiben, auf jeden Fall den Lehrplan einhalten, wobei hochbegabte Schüler gleichermaßen zu berücksichtigen sind wie Begriffsstutzige.

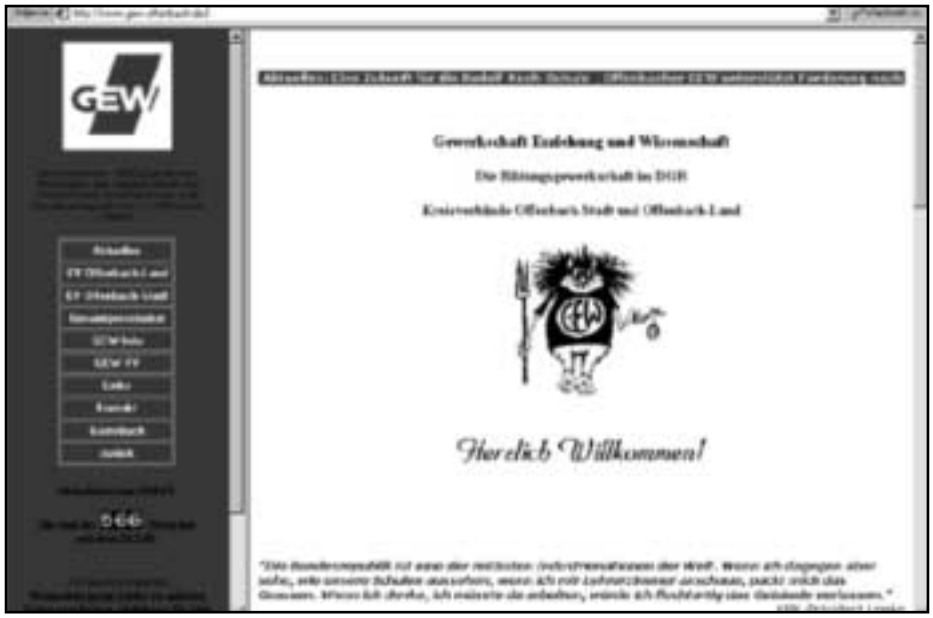
Mit einem Wort:
Der Lehrer hat die Aufgabe, eine Wandergruppe mit Spitzensportlern und Behinderten bei Nebel durch unwegsames Gelände in nordsüdlicher Richtung zu führen, und zwar so, dass alle bei bester Laune und möglichst gleichzeitig an drei verschiedenen Zielorten ankommen.

Professor Müller-Limroth
(zitiert in der Züricher Welt-Woche)

## Offenbacher GEW im Internet:

# Wir sind drin!

Am Anfang diesen Jahres starteten die ersten Versuche. Inzwischen wurde sie schon mehr als 600 mal besucht: die Homepage der Kreisverbände Offenbach-Land und Offenbach-Stadt.




Wöchentlich überarbeitet, bietet sie den Mitgliedern die Möglichkeit, stets aktuelle Informationen aus den Kreisverbänden abzurufen, auf Adressen und Tipps aller Art zu zu greifen und per e-mail mit uns Kontakt aufzunehmen.

Schul- und Fachgruppen sowie Personalräten bieten wir einen besonderen Service:

Resolutionen, Erklärungen oder auch Einladungen stellen wir für euch ins Netz, wenn ihr uns die entsprechende Text-Datei per Email schickt.

Übrigens können wir auch Bilder von euren Veranstaltungen oder Festen veröffentlichen!

Also, schickt uns Material – und schaut ab und zu mal rein, was es Neues gibt!

Unsere Internetadresse:
**www.gew-offenbach.de**

Kontakt:
m.koeditz@gew-offenbach.de

## Unsere nächsten Sendungen im „Offenen Kanal“

# GEW-TV zeigt:

***Montag, 22. Oktober 2001, 18.30 Uhr (Wh. 26.10., 14.30 Uhr)***
**2 Jahre CDU-Bildungspolitik:**
**Sind Hessens Schulen besser geworden?**
Gabriele Bechtel und Wolfgang Christian (GEW) diskutieren mit MdL Stefan Grüttner (CDU)

***Montag, 26. November 2001, 18.30 Uhr (Wh. 1.12., 14.30 Uhr)***
**Erziehung nach Auschwitz I**
Wolfgang Christian (GEW) und Schülervertreterinnen im Gespräch mit Peter Gingold

***Teil II (Gespräch mit I. Heydorn) folgt am 28.1.02 um 18.30 Uhr***

*siehe auch Artikel auf Seite 13*